

KREISZEITUNG

Böblinger Bote

Amtsblatt für den Kreis Böblingen
Heimatzeitung für Böblingen, Sindelfingen, Herrenberg, Schönbuch und Gäu



Nummer 286 · 50. Woche · 200. Jahrgang

Donnerstag, 11. Dezember 2025

Einzelpreis: 2,60 Euro · Postfach 1560 E 1829

Lokales



Foto: Stefanie Schiecht

Die 50-Meter-Bahn im Sindelfinger Hallenbad wäre Geschichte, wenn dort ein Familienbad gebaut wird.

Seite 15

Holzgerlingen bietet zu Silvester ein professionelles Feuerwerk, um private Böllereien einzudämmen.

Seite 17

Kommentar

Ein geschickter Schachzug Selenskyjs

Der ukrainische Präsident zeigt sich für Neuwahlen offen. Es handelt sich wohl um ein taktisches Manöver.

VON GUIDO BOHSEM

Wahltag sind die Feiertage der Demokratie. Der Souverän spricht und entscheidet über den Kurs des Landes. Wenn also die Bürger eines Staates eine neue Regierung wählen oder ein neues Oberhaupt, muss das würdig und korrekt ablaufen. Dass das in der Ukraine nicht ohne Einschränkungen gelingen kann, ist offenkundig. Was ist mit den Wählern in den russisch besetzten Gebieten? Was ist mit den Wählern in den umkämpften Frontstädten? Bleiben die außen vor oder werden sie einbezogen? Wie verhindert man, dass die russische Armee gezielt Wahllokale ins Visier nimmt?

Der ukrainische Präsident Wolodymyr Selenskyj weiß sehr genau, dass die Verfassung ihm das Recht gibt, Wahlen in Kriegzeiten zu verschieben, und er weiß auch, welche Probleme es seinem Land derzeit bereiten würde, sie trotzdem abzuhalten. Man kann seine Ankündigung also getrost als taktisches Manöver deuten, mit dem er den Ball an US-Präsident Donald Trump zurückschleudert, der die Forderung nach Neuwahlen beständig wiederholt. Das wird Selenskyj und seinem Land eine Atempause verschaffen, mehr aber auch nicht. Tatsächlich wären Neuwahlen nach den Korruptionsvorwürfen dringend nötig. Würde Selenskyj sie gewinnen, hätte er ein unbestreitbares Mandat, sein Land in die nächste Phase des Krieges zu führen. Er könnte so die Ukrainer besser auf die schmerzhaften Zugeständnisse vorbereiten, die ein Friedensschluss bringen wird.

Wetter



Mittags 10° | Nachts 5°

Der Himmel bleibt meist bedeckt, weitgehend ist es trocken

Kontakt

Redaktion: 0 70 31 / 62 00 – 72
Leserservice (Abo): 0 70 31 / 62 00 – 50



4 190182 902608

4 0050

Abstiegsangst im Autoland

BaWü-Check Fast die Hälfte der Menschen im Land fürchten, dass Stuttgart ein zweites Detroit werden könnte.



Die Sparprogramme etwa in der Automobilindustrie lösen im Land Sorgen aus.

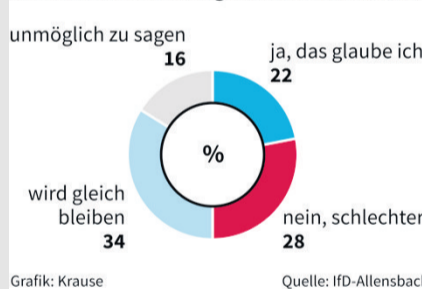
VON ANNIKA GRAH, RAINER PÖRTNER UND MATTHIAS SCHIERMEYER

STUTTART. Die angespannte wirtschaftliche Lage der Industrie im Südwesten löst bei vielen Menschen im Land Abstiegssorgen aus. 28 Prozent der Befragten im aktuellen BaWü-Check befürchten, dass es ihnen in fünf Jahren wirtschaftlich schlechter gehen wird als heute. Etwa 34 Prozent glauben, dass sich nichts ändert. Lediglich 22 Prozent halten eine persönliche Verbesserung für möglich. Das ist das Ergebnis des aktuellen BaWü-Checks, einer Umfrage des Instituts für Demoskopie in Allensbach im Auftrag der baden-württembergischen Tageszeitungen.

Die nicht abreißen lassen Hiobsbotschaften der Automobilhersteller, ihrer Zulieferer und der Maschinenbauer verstärken damit die Krisenstimmung der Menschen. Selbst der erfolgsverwöhnte Luxusautohersteller Porsche droht seit voriger Woche mit einem umfangrei-

Erwartungen der Befragten

Glauben Sie, dass es Ihnen in fünf Jahren wirtschaftlich besser gehen wird als heute?



Grafik: Krause

Quelle: IfD-Allensbach

chen Sparpaket. Die Bosch-Belegschaft muss betriebsbedingte Kündigungen fürchten, wenn 2027 das Jobsicherungsprogramm endet. Jüngste Schreckensnachricht ist der Abbau von bis zu 2500 Stellen bei Voith. Die Wirtschaftslaute wirkt sich auch auf andere Branchen aus: Das Statistische Landesamt dürfte in diesem Jahr voraussichtlich die höchste Zahl an Insolvenzen seit 2009 verzeichnen; besonders betroffen sind Bau, Handel, Gastgewerbe und freie Berufe.

Der gute Ruf der Autoindustrie als jahrzehntelanger Wohlstandsgarant ist ramponiert: 57 Prozent der Befragten im BaWü-Check gaben an, dass sie die Situation der Branche stark oder sehr stark beunruhigt. 45 Prozent treibt die Sorge um, dass der Region Stuttgart ein ähnlicher Niedergang droht wie der US-Autostadt Detroit. An die Landesregierung adressiert wünscht sich die große Mehrheit mehr Einsatz für den Wirtschaftsstandort. Alle großen Parteien haben das Thema Wirtschaft und Wohlstandssicherung vor der Landtagswahl am 8. März 2026 ganz oben auf ihrer Agenda.

Die Außensicht ist dagegen deutlich weniger pessimistisch: Der EVP-Fraktionsvorsitzende im Europarlament, Manfred Weber, sieht Baden-Württemberg und Bayern als Vorbilder beim Thema Innovation. „Der Süden ist Innovationsmotor in Deutschland. Diesen Spirit brauchen wir für ganz Europa“, sagte der CSU-Politiker unserer Zeitung. Der Vorstand der EVP-Fraktion tagt zurzeit in Heidelberg und fordert eine Innovationsoffensive in der EU.

Leitartikel

Illustration: Ki/Myjourney/Sebastian Rückeberte

Riester-Verträge: einseitige Klausel nicht rechtens

Eine bestimmte Klausel benachteiligt Kunden, findet der Bundesgerichtshof – von dem Urteil geht ein Signal aus.

KARLSRUHE. Im Streit über bestimmte Riester-Verträge hat der Bundesgerichtshof (BGH) in Karlsruhe zugunsten der Kunden entschieden. Eine Versicherung darf den Rentenfaktor in einer fondsgebundenen Riester-Rentenversicherung demnach in schlechten Phasen nicht senken, wenn nicht gleichzeitig vorgesehen ist, dass er in besseren Zeiten wieder steigt. Ein zentrales Problem, befindet der BGH. Das Urteil dürfte Signalwirkung haben – Verbraucherschützern zufolge sind solche Klauseln weit verbreitet. (Az. IV ZR 34/25)

Mit der Riester-Rente fördert der Staat seit 2002 den Aufbau einer privaten Altersvorsorge. Vor dem BGH ging es um fondsgebundene Riester-Rentenversicherungen. Das bedeutet, dass ein Teil der Beiträge in Investmentfonds angelegt wird. AFP

Ukraine: Selenskyj erklärt sich zu Wahlen bereit

Der Präsident des von Russland angegriffenen Landes reagiert unerwartet auf Trumps Drängen, fordert aber Sicherheitsgarantien.

ROM/KIEW/BERLIN. Nach Kritik von US-Präsident Donald Trump hatte sich der ukrainische Präsident Wolodymyr Selenskyj grundsätzlich zu Neuwahlen bereit erklärt – trotz der Kriegszeit. „Ich bin bereit für Wahlen“, sagte Selenskyj. Er betonte aber ebenfalls, dass die Organisation von Wahlen von der Sicherheitslage in der Ukraine abhängt. Der Vorwurf, dass der Krieg mit Russland nicht ende, weil er sich ans Präsidentenamt klammere und die Macht nicht abgeben wolle, sei falsch. Er werde die Abgeordneten jedoch darum bitten, „Vorschläge zur Möglichkeit einer Änderung der gesetzlichen Grundlagen und des Wahlgesetzes während des Kriegsrechts“ auszuarbeiten.

Er sei auch während des laufenden Krieges zu Wahlen innerhalb von 60 bis 90 Tagen bereit, sagte Selenskyj – aber nur, wenn die USA und Europa die Sicherheit des Landes gewährleisten, also Schutz vor künftigen Ag-

gressionen Russlands garantieren. Trump hatte die Ukraine zu Neuwahlen gedrängt.

Vor diesem Hintergrund kommen Vertreter der Koalition der Willigen heute in einer Videokonferenz zusammen. Bei dem virtuellen Treffen unter Vorsitz von Frankreich und Großbritannien soll es in erster Linie um die Sicherheitsgarantien für die Ukraine und den US-Beitrag gehen. Zur Koalition der Willigen zur Unterstützung der Ukraine zählen etwa 30 überwiegend europäische Länder.

Indes hält der frühere ukrainische Botschafter in Deutschland, Andrij Melnyk, Wahlen in seinem Land ohne eine Waffenruhe für unrealistisch. Er könne sich nicht vorstellen, dass Wahlen abgehalten werden, während die Ukraine „jeden Tag und vor allem jede Nacht“ mit Raketen und Drohnen angegriffen werde, so Melnyk. Eine Waffenruhe sei „das Gebot der Stunde“. dpa/AFP/red

Kommentar

Bundesfinanzhof bestätigt neue Grundsteuer

Richter weisen drei Klagen gegen das Bundesmodell ab. Damit sinken auch die Chancen für Kläger im Südwesten.

MÜNCHEN. Die neue Grundsteuer ist nach Überzeugung des Bundesfinanzhofs (BFH) rechtens: Die Münchener Richter wiesen am Mittwoch drei Klagen gegen die Steuer als unbegründet ab. Eine Vorlage an das Bundesverfassungsgericht komme nicht in Betracht. (Az. IIR 25/24, IIR 31/24 und IIR 3/25)

Auf dem Prüfstand des BFH stand nun zunächst das sogenannte Bundesmodell, das in elf der 16 Bundesländer genutzt wird. Zu den abweichenden Regelungen der Länder Baden-Württemberg, Bayern, Hessen, Hamburg und Niedersachsen sind weitere Klagen beim BFH anhängig. Hier sind die Chancen nun gesunken. Das gilt insbesondere für den Südwesten, der maßgeblich auf den Bodenrichtwert abstellt, gegen dessen Ermittlung der BFH keine Bedenken hatte. AFP

In Stuttgart soll Gewerbesteuer 2026 steigen

Die Landeshauptstadt erhofft sich rund 35 Millionen Euro zusätzlich für den hoch defizitären Doppelhaushalt.

STUTTART. Vor der entscheidenden Abstimmung zum defizitären Doppelhaushalt 2026/2027 hat der Gemeinderat in zweiter Lesung die Erhöhung der Gewerbesteuer beschlossen. Sie soll von 2026 an bis 2030 um zehn Punkte auf 430 Prozent steigen, was im Doppeletat zu Mehreinnahmen von rund 35 Millionen Euro führen könnte.

Die Entscheidung fiel in nichtöffentlicher Sitzung gegen FDP, Freie Wähler, AfD und OB Frank Nopper (CDU). Sie muss in der dritten Lesung am 19. Dezember bestätigt werden. Die IHK kritisiert die absehbare Entwicklung und warnt vor Arbeitsplatzverlusten. Die Verwaltung hatte statt der Gewerbe Grundsteuererhöhung vorgeschlagen. Für diese votierte dem Vernehmen nach einzig der Oberbürgermeister. ks

Olgaeck-Unfallfahrer mit Kokain im Blut

STUTTART. Nach dem tödlichen Zusammenstoß nahe einer Stadtbahn-Haltestelle in der Stuttgarter Innenstadt haben Ermittler im Blut des Unfallfahrers Spuren von Kokain gefunden. In einem möglichen Prozess dürfte daher vor allem die Frage im Mittelpunkt stehen, ob der 45-Jährige zum Unfallzeitpunkt fahrtüchtig war. Zwei kurz nach dem Unfall entnommene Proben hätten Kokain und ein Abbauprodukt ergeben, teilte die Stuttgarter Staatsanwaltschaft mit. dpa

Museumsdirektor Peter Beye gestorben

STUTTART. Der international renommierte Kunsthistoriker Peter Beye, 1969 bis 1994 Direktor der Staatsgalerie Stuttgart, ist tot. Dies bestätigte das direkte Umfeld des 1932 in Berlin Geborenen unserer Zeitung. Beye starb demnach am Montag im Alter von 93 Jahren in Stuttgart.

In seine Zeit als Direktor der Staatsgalerie Stuttgart fallen die Erweiterung des Museums durch die 1984 eröffnete Neue Staatsgalerie des britischen Architekten James Stirling sowie international gewichtige Ankäufe für die Sammlung etwa von Barnett Newman, Oskar Schlemmer und Joseph Beuys. „Er hat eine Ära geprägt“, sagte Christiane Lange, Direktorin der Staatsgalerie Stuttgart, in einer ersten Reaktion. nfb